

16.01.2017

Niederschrift 007/2016

Kreistag

am 13.12.2016 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Aileen Droll

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner
Frau Annika Dresen
Herr Wilfried Feldmann
Herr Stefan Flick
Frau Claudia Gebhard
Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Dieter Kleinwächter
Herr Paul-Heinz Kranemann
Herr Helmut Krause
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Herr Gerhard Meyer
Frau Elke Middendorf
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Frau Gabriele Richter
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen

Anwesend bis 16:30 Uhr

Anwesend bis 19:20 Uhr

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Marion Küpper
Herr Jochen Nadolski-Voigt
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann
Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann
Frau Maria Lipke
Herr Helmut Rosenkranz

Anwesend bis 17:30 Uhr

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert
Herr Michael Klostermann
Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß
Herr Ralf Schaefer

Anwesend ab 18:25 Uhr

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Anwesend bis 19:53 Uhr

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor
Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Torsten Göpfert, Dezernent
Herr Dirk Wigant, Dezernent
Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität
Frau Katja Schuon, Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er bedankt sich eingangs für die von den Bäckerinnen und Bäckern aus dem ersten Ausbildungsjahr des Märkischen Berufskollegs Unna im Rahmen einer Projektarbeit bereitgestellte Bewirtung für die Kreistagssitzung.

Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 02.12.2016 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Gemäß einer Vereinbarung im Ältestenrat und entsprechender einstimmiger Beschlussfassung im Kreisausschuss schlägt Herr Landrat Makiolla vor, die bisherigen Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 nicht vor dem Haushalt zu behandeln, sondern hinter den bisherigen Tagesordnungspunkt 24 zu verschieben. Zudem sollten die bisherigen Tagesordnungspunkte 11 und 28 wegen des sachlichen Zusammenhangs unter dem Oberpunkt „Wirkungsorientierte Steuerung“ als Tagesordnungspunkte 6.1.6 und 6.1.7 behandelt werden. Die Kreistagsmitglieder erklären sich mit diesen Änderungen einverstanden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Jasperneite die Absetzung des bisherigen Tagesordnungspunktes 19, Errichtung der „Stiftung Friesendorf“, Drucksache 100/16. Die Fraktionen SPD und CDU hätten in dieser Sache noch Beratungsbedarf und hätten die Eheleute Friesendorf angeschrieben, um einen Besuch dort zu vereinbaren. Man wolle das Thema konstruktiv begleiten, bitte aber darum, heute noch keine Beschlussfassung herbeizuführen, sondern den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich Herr Goldmann gegen die Absetzung des Tagesordnungspunktes aus. Wenn es noch eines Nachweises bedurft hätte, wie erbärmlich SPD und CDU insbesondere mit diesem Thema umgingen, dann sei dieser spätestens mit dem Vertagungsantrag erbracht worden. Diese Bewertung ergebe sich insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass er der Fairness halber bereits im Kreisausschuss eine namentliche Abstimmung zu dem Thema angekündigt habe, um SPD und CDU Gelegenheit zu geben, ihre Haltung zu überdenken. Er halte den Vertagungsantrag daher für den kläglichsten Versuch, den durch die Vertagungsstrategie der beiden großen Fraktionen voraussichtlich eintretenden wirtschaftlichen Schaden von einem Imageschaden für die Fraktionen zu lösen. Die Diskussion mit der Familie Friesendorf bezüglich der beabsichtigten Stiftung werde bereits seit Jahren geführt. Im August 2016 sei das Thema von SPD und CDU ohne Begründung vertagt worden. Es sei schlichtweg lächerlich, dass nun von den großen Fraktionen eine weitere Vertagung beantragt werde mit der Begründung, dass sich diese mit der entsprechenden Verantwortung um das Thema kümmern wollten. Es zeichne sich ab, dass das Angebot der Eheleute Friesendorf nicht mehr aufrecht erhalten werde, wenn der Kreistag heute nicht die Einrichtung der Stiftung beschließe. Es sei nicht Aufgabe von zwei Fraktionsvorsitzenden, an der Verwaltung vorbei Kontakt mit den Stiftungsgebern aufzunehmen, nachdem diese über einen langen Zeitraum hinweg alle Voraussetzungen mit einer Vertrauensperson bereits abgestimmt hätten. Er bitte daher darum, über die Errichtung der Stiftung zu beraten und positiv zu beschließen.

Auf Nachfrage von Herrn Goldmann bestätigt Herr Landrat Makiolla, dass er den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe, da er die große Gefahr sehe, dass das Ehepaar Friesendorf von seinem Angebot, eine Stiftung zugunsten des Hauses Opherdicke einzurichten, Abstand nehmen werde, wenn der Kreistag am

heutigen Tag zu keiner Entscheidung komme. Er rate daher dringend zu einer Beratung und Beschlussfassung.

Herr Goldmann beantragt die namentliche Abstimmung über den Antrag auf die Absetzung des Tagesordnungspunktes „Errichtung der Stiftung Friesendorf“. Den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen 17 Kreistagsmitglieder. Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass damit das nach der Geschäftsordnung des Kreistages erforderliche Quorum für die Durchführung einer namentlichen Abstimmung von einem Fünftel der Mitglieder des Kreistages erreicht ist und ruft die Kreistagsmitglieder einzeln zur Abstimmung auf.

Beschluss

Der bisherige Tagesordnungspunkt 19 – Errichtung der „Stiftung Friesendorf“, Drucksache 100/16, wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Kreistages abgesetzt.

Namentliche Abstimmung

Ja-Stimmen: 47

Frau Beisenherz, Herr Blom, Herr Böckmann, Herr Bremerich, Frau Chur, Frau Cziehso, Herr Dörner, Frau Dresen, Frau Droll, Frau Eickhoff, Herr Engelhardt, Herr Enters, Herr Feldmann, Herr Flick, Herr Ganzke, Frau Gebhardt, Herr Hebebrand, Herr Holz, Herr Jasperneite, Frau Jung, Herr Kerl, Herr Kersting, Herr Kleinwächter, Herr Kolar, Herr Kranemann, Herr Krause, Frau Kroll, Herr Krusel, Herr Kudella, Herr Lauschner, Frau Lindstedt, Herr Mendrina, Herr Meyer, Frau Middendorf, Herr Niessner, Herr Oldenburg, Frau Plath, Frau Richter, Herr Rieke, Frau Schmeltzer-Urban, Frau Ursula Schmidt, Herr Schmölling, Herr Schulz-Gahmen, Frau Symma, Herr Wiggermann, Herr Ziegenbein, Herr Zühlke

Nein-Stimmen: 18

Herr Albert, Frau Bußmann, Herr Goldmann, Frau Heinrichsen, Herr Kampmann, Herr Klostermann, Herr Kühnapfel, Frau Küpper, Frau Lipke, Herr Nadolski-Voigt, Herr Rosenkranz, Herr Roß, Frau Stephanie Schmidt, Frau Schneider, Herr Sell, Herr Stalz, Herr Will, Herr Landrat Makiolla

Enthaltungen: 1

Herr Steffen

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass ein Mitarbeiter des Hellweger Anzeigers sowie auch die Stabsstelle Presse und Kommunikation Fotos von der Sitzung machen werden. Einwände gegen diese Aufnahmen ergeben sich nicht.

Es wird sodann wie folgt beraten:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------------|----------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 150/16/1 | Ersatzwahlen |
| Punkt 4 | 153/16/1 | Bildung der Kreiswahlausschüsse für die Landtagswahl 2017 |
| Punkt 5 | 151/16 | Entwürfe der Gesamtabschlüsse für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 |
| Punkt 6 | | Haushalt 2017 |
| Punkt 6.1 | | Wirkungsorientierte Steuerung |
| Punkt 6.1.1 | 180/16 | Priorisierung der Vorschläge;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016 |
| Punkt 6.1.2 | 182/16 | Kreisstraßenzustand in 2017 auf die Agenda der Wirkungsorientierten Steuerung setzen;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016 |
| Punkt 6.1.3 | 187/16 | Zusätzliche Ausbildungsplätze ab dem Ausbildungsjahr 2017/18 einrichten;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 29.11.2016 |
| Punkt 6.1.3.1 | 191/16 | Ergänzung zu Drucksache 187/16 - Zusätzliche Ausbildungsplätze einrichten;
Antrag der Gruppe PIRATEN vom 06.12.2016 |
| Punkt 6.1.4 | 185/16 | Vermittlung von Jugendlichen unter 25 Jahren verstärken - Selmer Modell übertragen;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016 |
| Punkt 6.1.5 | 190/16 | Einrichtung von neun Fallmanager-Stellen für die Haushaltsjahre 2017-2020;
Antrag der Linksfraktion und der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm |
| Punkt 6.1.6 | 181/16 | Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Bürokratieabbau";
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 08.12.2016 |
| Punkt 6.1.7 | 183/16 | Naturerlebnis und Tourismus im Kreis Unna stärker verknüpfen;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016 |
| Punkt 6.2 | 127/16/1 | Stellenplan für das Jahr 2017 |
| Punkt 6.3 | 172/16/1 | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden |
| Punkt 6.3.1 | 189/16 | Mietzahlungen für Schloss Cappenberg;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016 |

Punkt 6.3.2	192/16	Änderungen zum Haushaltsentwurf 2017; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 08.12.2016
Punkt 7	186/16	Umsetzung des Antrags vom 12.12.2014- Konzept für Reinigungsleistungen, TOP 5.2.8. (Haushalt 2015) der Kreistagssitzung am 16.12.14; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016
Punkt 8	156/16	Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015
Punkt 9	089/16	Anpassung von Gesellschaftsverträgen im Bereich der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) und ihrer Tochtergesellschaften
Punkt 10	163/16	Übertragung von Geschäftsanteilen an der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH; steuerliche Optimierung
Punkt 11	152/16	Anwendung des neuen § 2b Umsatzsteuergesetzes (UStG)
Punkt 12	139/16	Bestellung zweier Prüferinnen der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten
Punkt 13	168/16	Bestellung einer Prüferin der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten
Punkt 14	134/16	Errichtung zweijähriger Bildungsgänge (Klassen11/12), die berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten u. Fertigkeiten u. die FHR vermitteln -Fachbereich Technik (Elektrotechnik u. Metalltechnik) je 1 Klasse gem. § 8 Ziffer 1 der Anlage C i.V.m. Anlage C 3 zur APO-BK
Punkt 15	135/16	Errichtung zweijähriger Bildungsgänge, die berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten u. Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der FHR vermitteln - FB Technik/Naturwissenschaften und FB Gestaltung gem. § 2 Ziffer 3 der Anlage C i.V.m. Anlage C 2 zur APO-BK
Punkt 16	136/16	Errichtung von Bildungsgängen der Fachschule mit mindestens 2.400 Unterrichtsstunden - FB Technik (Umweltschutz-, Elektro- u. Maschinenbautechnik gem. § 2 Ziffer 3 und § 37 der Anlage E i.V.m. Anlage E 3 zur APO-BK
Punkt 17	148/16	Standortperspektive Förderzentrum Unna
Punkt 18	184/16	Übergang Schule - Beruf aus einer Hand steuern; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016
Punkt 19	176/16	Aufwertung Haus Opherdicke; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016
Punkt 19.1	193/16/1	Einrichtung einer Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 12.12.2016
Punkt 20	157/16	Rahmenvereinbarung über die Grundlagen der Zusammenarbeit zur Förderung der besonderen Belange von Frauen und Mädchen mit dem Frauenforum im Kreis Unna e.V.

- | | | |
|-------------------|--------|---|
| Punkt 20.1 | 188/16 | Änderungen in der Rahmenvereinbarung;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016 zur DS 157/16 |
| Punkt 21 | 160/16 | Änderungsvereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna für das Jahr 2017 |
| Punkt 22 | 179/16 | Finanzierung der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen im Kreis Unna |
| Punkt 23 | 147/16 | Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten;
Festsetzung neuer Richtwerte für die Angemessenheit |
| Punkt 24 | 177/16 | Auszahlungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ab 2017;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016 |
| Punkt 25 | 178/16 | Neuorganisation der Suchtberatung;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016 |
| Punkt 26 | 143/16 | Siebzehnte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (17. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2017 |
| Punkt 27 | 145/16 | Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmanagement mit der Stadt Selm |
| Punkt 28 | 169/16 | Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2016 - 2020 |
| Punkt 29 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----------------|--|--|
| Punkt 30 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|-----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

- | | |
|----------------|---|
| Punkt 1 | Bestellung einer Schriftführerin |
|----------------|---|

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 150/16/1 ErsatzwahlenErörterung

Herr Landrat Makiolla korrigiert den Beschlussvorschlag der Drucksache dahingehend, dass im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung Herr Schulz-Gahmen und Herr Lauschner die Positionen tauschen, also Herr Lauschner künftig die Funktion als ordentliches Mitglied (Stellvertretung: Herr Flick) und Herr Schulz-Gahmen die Funktion als stellvertretendes Mitglied für Herrn Krusel wahrnimmt. Er stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden mit Wirkung vom 01.01.2017 folgende Ersatzwahlen vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Kreisausschuss	ordentliches Mitglied	Maria Lipke	Helmut Rosenkranz
Kreisausschuss	stellvertretendes Mitglied (neu: für Helmut Rosenkranz)	Helmut Rosenkranz	Kunibert Kampmann
Rechnungsprüfungsausschuss	stellvertretendes Mitglied für Helmut Rosenkranz	Maria Lipke	Dr. Hubert Seier
Wahlprüfungsausschuss	stellvertretendes Mitglied für Kunibert Kampmann	Maria Lipke	Dr. Hubert Seier
Ausschuss für Bildung und Kultur	stellvertretendes Mitglied für Peter Bredohl (sB)	n.n.	Maria Lipke, sB
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben	ordentliches Mitglied	Helmut Rosenkranz	Dr. Hubert Seier
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben	stellvertretendes Mitglied (neu: für Dr. Hubert Seier)	Maria Lipke	Helmut Rosenkranz
Unterausschuss für Hoch- und Tiefbauangelegenheiten	ordentliches Mitglied	Helmut Rosenkranz	Dr. Hubert Seier
Unterausschuss für Hoch- und Tiefbauangelegenheiten	stellvertretendes Mitglied (neu: für Dr. Hubert Seier)	Maria Lipke	Helmut Rosenkranz
Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität	ordentliches Mitglied	Jochen Nadolski-Voigt	Stephanie Schmidt
Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität	stellvertretendes Mitglied (neu: für Stephanie Schmidt)	Stephanie Schmidt	Jochen Nadolski-Voigt
Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung	ordentliches Mitglied	Carl Schulz-Gahmen	Olaf Lauschner

Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung	stellvertretendes Mitglied für Herbert Krusel	Olaf Lauschner	Carl Schulz-Gahmen
Strategiekommission	ordentliches Mitglied	Maria Lipke	Dr. Hubert Seier
Strukturkommission ÖPNV/VKU	stellvertretendes Mitglied für Helmut Rosenkranz	Maria Lipke	Dr. Hubert Seier
Kreispolizeibeirat Unna	ordentliches Mitglied	Maria Lipke	Dr. Hubert Seier

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Mitwirkung des Landrates)

Punkt 4 153/16/1 Bildung der Kreiswahlausschüsse für die Landtagswahl 2017

Beschluss

Gemäß § 10 Abs. 1 und Abs. 3 des Landeswahlgesetzes werden die nachfolgend benannten Personen als Beisitzer bzw. stellvertretende Beisitzer für den gemeinsamen Kreiswahlausschuss für die Wahlkreise 115 Unna I und 116 Unna II bzw. für den Kreiswahlausschuss 117 Unna III – Hamm II anlässlich der Landtagswahl 2017 gewählt:

Gemeinsamer Kreiswahlausschuss für die Wahlkreise 115 Unna I und 116 Unna II

Beisitzer/in		stellvertretende/r Beisitzer/in	
1	Sascha Kudella	zu 1	Bernd Engelhardt
2	Jürgen Kerl	zu 2	Heinz Steffen
3	Günter Bremerich	zu 3	Annika Dresen
4	Peter Dörner	zu 4	Gerhard Meyer
5	Jochen Nadolski-Voigt	zu 5	Anke Schneider
6	Werner Sell	zu 6	Insa Bußmann

Kreiswahlausschuss für den Wahlkreis 117 Unna III – Hamm II

Beisitzer/in		stellvertretende/r Beisitzer/in	
1	Norbert Enters	zu 1	Jasmin Beisenherz
2	Uwe Zühlke	zu 2	Jens Schmülling
3	Martin Niessner	zu 3	Claudia Gebhard
4	Martina Plath	zu 4	Helmut Krause
5	Hans-Ulrich Bangert	zu 5	Sandra Heinrichsen

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Mitwirkung des Landrates)

Punkt 5 151/16 Entwürfe der Gesamtabschlüsse für die Geschäftsjahre 2012 und 2013

Beschluss

Der am 08.03.2016 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2012 sowie der am 05.10.2016 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2013 werden zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 Haushalt 2017

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert den vorgesehenen Ablauf der Haushaltsplanberatungen. Nach den Haushaltsreden werde zunächst über die Anträge zur wirkungsorientierten Steuerung und anschließend über die Anträge zum Haushalt abgestimmt, bevor dann die Abstimmung über den Stellenplan und abschließend über den gesamten Haushalt erfolge.

Die Anträge der Fraktionen zum Haushalt seien in einer gesonderten Liste thematisch geordnet worden (vgl. Anlage 9). Bei der Beratung und Abstimmung der Anträge werde er entsprechend der Reihenfolge dieser Liste, die allen Kreistagsmitgliedern vorliege, vorgehen.

Herr Landrat Makiolla korrigiert seine im Kreisausschuss geäußerte Rechtsauffassung hinsichtlich der Anträge zu den Tagesordnungspunkten 6.1.5 und 6.1.4. Es handele sich bei den Anträgen der Linksfraktion und der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm einerseits und der Fraktionen SPD und CDU andererseits nicht um konkurrierende Anträge, sondern diese könnten nebeneinander abgestimmt werden. Die Reihenfolge richte sich dementsprechend nach dem zeitlichen Eingang der Anträge.

Zum Haushalt 2017 tragen sodann Frau Cziehso für die SPD-Fraktion, Herr Jasperneite für die CDU-Fraktion, Herr Goldmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Bußmann für die Linksfraktion, Herr Rosenkranz für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, Herr Klostermann für die FDP-Fraktion, Herr Roß für die Gruppe PIRATEN und Herr Stalz (FW) vor. Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlagen 1-8 beigelegt.

Anschließend wird die Sitzung um 17.05 Uhr für eine Pause unterbrochen. Um 17.25 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Herr Landrat Makiolla ruft die einzelnen Anträge zum Haushalt entsprechend der Reihenfolge der eingangs erwähnten Liste zur Beratung auf.

Punkt 6.1

Wirkungsorientierte Steuerung

Punkt 6.1.1 180/16

Priorisierung der Vorschläge;

Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016

Erörterung

Für die SPD-Fraktion erklärt Frau Cziehso, aus den von der Verwaltung zur Verfügung gestellten umfassenden Unterlagen habe man einige Rückschlüsse ziehen können, unter anderem in hinsichtlich der Betreuungssituation der der jugendlichen Arbeitslosen. SPD und CDU hätten jedoch nicht die Möglichkeit gesehen, die Vorschläge in Gänze zu werten. Es fehlten noch Informationen, die von der Verwaltung bis Februar erarbeitet werden könnten. Die beantragte Verfahrensweise gehe im Übrigen auf einen Vorschlag von Herrn Dr. Heinz zurück. Vorgesehen sei, die Vorschläge der Verwaltung in einer vorbereitenden Strategiekommission im Februar komprimiert und mit einer Wertung versehen zu beraten.

Herr Goldmann unterstützt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die von Herrn Klostermann in seiner Haushaltsrede geäußerte Kritik. Es sei deutlich geworden, dass man durch fehlende Kommunikation mittlerweile ein halbes Jahr verloren habe. Der Antrag selbst beinhalte den Passus, dass der Kreistag seinen Beschluss vom 27.09.2016 bestätige. Aus seiner Sicht müsse man die Ernsthaftigkeit des Antrages bezweifeln.

Herr Klostermann fragt nach, ob der im Antrag formulierte Arbeitsauftrag an die Verwaltung, die acht verbleibenden Handlungsfelder bis zur politischen Sommerpause auf die wirkungsorientierte Steuerung umzustellen, zu katalogisieren und zu priorisieren, überhaupt zu schaffen sei.

Herr Dr. Wilk führt dazu aus, dass man zu Beginn der Diskussion um die wirkungsorientierte Steuerung von zweieinhalb Jahren für die Erarbeitung einer Gesamtstrategie, also von einem Zeitrahmen bis 2018, ausgegangen sei. Man habe vereinbart, keine Priorisierung der Handlungsfelder selbst, sondern der Ebenen darunter vorzunehmen. Es sei sicherlich schwierig, das bis Mai auch bis zur letzten Strategieebene zu schaffen. Dies könnte man aber in der Strategiekommission Anfang Februar besprechen.

Herr Sell führt aus, die Verwaltung habe ein sehr gut ausgearbeitetes Papier von 60 Seiten vorgelegt. Er erwarte, dass sich auch die großen Fraktionen mit diesen Unterlagen befassen. Aus seiner Sicht müsse die Politik die Priorisierung vornehmen, nicht die Verwaltung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, für Ende Januar/Anfang Februar 2017 zu einer zweiten Strategiekonferenz zur Einführung der wirkungsorientierten Steuerung (WOS) einzuladen. Diese Konferenz hat zum Ziel, die bereits terminierte Strategiekonferenz am 08.05.2017 vorzubereiten.

Dabei gilt es zu beachten:

Die von der Verwaltung in Workshops erarbeiteten Vorschläge im Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ werden für einen nächsten Handlungsschritt priorisiert und mit einem Zeitfahrplan versehen.

Der Landrat wird gebeten, das Thema „Stärkung der strategischen und steuernden Kompetenz der Kreisverwaltung im Bereich Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik“ zur Beratung auf die Tagesordnung der zweiten Strategiekonferenz zu setzen und vorzubereiten.

Der Kreistag bekräftigt mit diesem Verfahrensweg seinen Beschluss vom 27.09.2016, mittels der wirkungsorientierten Steuerung den Kreis Unna als einen leistungsstarken und attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum weiter zu entwickeln.

Ziel ist es, den gesamten Haushaltsentwurf 2018 in der Systematik der wirkungsorientierten Steuerung zu beraten und zu beschließen. Daher sollen die acht verbleibenden Handlungsfelder bis zur politischen Sommerpause auf WOS umgestellt, kategorisiert und priorisiert werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (48 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und des Landrates, 16 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL/UWG, FDP, der Gruppe PIRATEN und FW)

Punkt 6.1.2 182/16 Kreisstraßenzustand in 2017 auf die Agenda der Wirkungsorientierten Steuerung setzen; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016

Erörterung

Frau Cziehso führt zur Begründung des Antrags aus, man vermute, dass man durch die frühzeitige Sanierung der Straßen deutlich Kosten sparen könne. Mit Blick auf die von Herrn Klostermann in seiner Haushaltsrede geäußerte Kritik räumt sie ein, dass sie schon bereut habe, hier nicht bereits angefangen zu haben, aber man komme mit dem Antrag auf die Thematik zurück.

Herr Goldmann vertritt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Meinung, dass es nach dem soeben beschlossenen Antrag bezüglich der Priorisierung aller Vorschläge des zusätzlichen Antrags hinsichtlich der Kreisstraßen nicht mehr bedürfe.

Herr Jasperneite führt dazu aus, dass man das relativ überschaubare Thema des Kreisstraßenzustandes aus Kostengründen zeitnah und daher noch vor der Bearbeitung der Gesamthematik angehen wolle.

Beschluss

Der Landrat wird aufgefordert, den Punkt „Kreisstraßenzustand“ mit Beginn des Jahres 2017 auf die Agenda der wirkungsorientierten Steuerung zu setzen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (53 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, der Gruppe PIRATEN, FW sowie des Landrates, 9 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linksfraktion, 2 Enthaltungen der Fraktion GFL/UWG)

Punkt 6.1.3.1 191/16 Ergänzung zu Drucksache 187/16 - Zusätzliche Ausbildungsplätze einrichten; Antrag der Gruppe PIRATEN vom 06.12.2016

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass inzwischen ein geänderter Antragstext der Gruppe PIRATEN vorliege. Der Beschlussvorschlag solle wie folgt lauten:

„Für die künftigen Ausbildungsjahre sollen Ausbildungskooperationen des Kreises mit den Städten und Gemeinden geprüft werden.

Hierbei sollen auch Möglichkeiten zur Schaffung von Ausbildungsplätze außerhalb der Verwaltungen in Betracht gezogen werden. Der Kreis soll hier als Koordinator bei seinen Gesellschaften und der Gesellschaften und der Eigenbetriebe der Kommunen auftreten.

Ein Bericht zu diesen Bemühungen folgt im 2. Quartal 2017.“

Ein solcher Beschluss sei problematisch, so Herr Landrat Makiolla, weil der Kreis nicht dafür zuständig sei, als Koordinator von kommunalen Gesellschaften der Städte und Gemeinden zu fungieren. Er halte den Vorschlag jedoch für richtig und würde das Thema mit Einverständnis der Antragssteller in der Bürgermeisterkonferenz sowie im Arbeitskreis zur Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit aufgreifen und im Kreistag über das Ergebnis berichten.

Herr Roß erklärt sich für die Gruppe PIRATEN mit dieser Vorgehensweise einverstanden und verzichtet auf die Abstimmung des Antrags.

**Punkt 6.1.3 187/16 Zusätzliche Ausbildungsplätze ab dem Ausbildungsjahr 2017/18 einrichten;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 29.11.2016**

Beschluss

Die Einrichtung von mindestens drei zusätzlichen Ausbildungsstellen im gehobenen Dienst ab dem Ausbildungsjahr 2017/18 wird beschlossen.

Darüber hinaus wird der Landrat mit der Einrichtung von mindestens drei zusätzlichen Ausbildungsstellen im mittleren Dienst ab dem Ausbildungsjahr 2017/18 beauftragt.

Für die künftigen Ausbildungsjahre sollen Ausbildungskooperationen des Kreises mit den Städten und Gemeinden geprüft werden. Ein Bericht zu diesen Bemühungen erfolgt im 2. Quartal 2017.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 6.1.5 190/16 Einrichtung von neun Fallmanager-Stellen für die Haushaltsjahre 2017-2020;
Antrag der Linksfraktion und der Fraktion GFL-Lünen/ UWG-Selm**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Antrag der Linksfraktion und der Fraktion GFL-Lünen/ UWG-Selm vor dem Antrag der Fraktionen SPD und CDU eingegangen sei und daher zuerst behandelt werde.

Herr Sell begründet den Antrag und unterstreicht, die dadurch zu erzielenden Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft seien höher als die Kosten für das notwendige Personal. Ergänzend trägt er vor, dass für die Einrichtung der Fallmanager-Stellen auch ein Teil der Stellen beim Jobcenter, die derzeit einer Bewirtschaftungssperre unterliegen, genutzt werden könnte. Motiviert zu diesem Antrag habe ihn unter anderem die Aussage von Herrn Jasperneite in seiner Rede zum Haushalt 2016, dass das Leitziel einer wirkungsorientierten Steuerung die Senkung der Arbeitslosenzahlen und die Steigerung der Beschäftigungsquote im Kreis sei. Zudem habe Herr Jasperneite gefordert, alle Bemühungen und arbeitsmarktpolitischen Instrumente einzusetzen, um die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern und die

Beschäftigungsquote und Ausbildungszahlen zu steigern. Wenn diese Forderungen eine längere Halbwertszeit als ein knappes Jahr hätten, müsste der Antrag die Zustimmung der CDU-Fraktion finden.

Herr Wiggermann führt aus, es sei richtig, dass, wie von Herrn Jasperneite in seiner Rede zum letzten Haushalt ausgeführt, im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung maßgebliche Veränderungen im Jobcenter, und zwar gut überlegt in einem Gesamtpaket, beschlossen werden müssten. Als Zeitrahmen dafür habe man mit der Drucksache 180/16 soeben das erste Halbjahr 2017 festgelegt. Aktuell seien neue Projekte von der Bundesebene initiiert worden, so dass die Trägerversammlung des Jobcenters in ihrer morgigen Sitzung voraussichtlich über mehr Personal für diese Zielgruppe beschließen werde. Die SPD-Fraktion wolle die Wirkung der neuen Maßnahmen zunächst abwarten und dann überlegen, ob zusätzliche Fallmanagerstellen erforderlich seien. Seine Fraktion unterstütze den Antrag inhaltlich, halte aber die Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt für zu früh.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Wiggermann erklärt Herr Meyer, dass es derzeit vier Sonderprojekte im Jobcenter gebe und erläutert kurz deren Inhalt. Er plädiert dafür, diese Projekte zunächst auf den Arbeitsmarkt wirken zu lassen und erst danach über eine etwaige weitere Aufstockung des Personals zu entscheiden.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass mit dem von Herrn Meyer erwähnten Projekt „Soziale Teilhabe“ ein öffentlich finanzierter sozialer Arbeitsmarkt vom Bund installiert werde. Der Bund habe damit auf eine seit Monaten vom Kreis Unna und von anderen Landräten und Oberbürgermeistern des Ruhrgebietes gestellte Forderung reagiert. Dies sei eine äußerst positive Entwicklung, die man an erster Stelle vorantreiben sollte. Von daher rate er den Antragsstellern, noch einmal über den von Herrn Wiggermann vorgeschlagenen Weg nachzudenken.

Herr Sell erklärt, auch seine Fraktion begrüße den Einstieg in den sozialen Arbeitsmarkt, und er rege an, über dieses Projekt im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung zu berichten. Den Antrag erhalte er dennoch aufrecht. Sollte er heute nicht beschlossen werden, sei es aus seiner Sicht Aufgabe von SPD- und CDU-Fraktion, ihn zu gegebener Zeit wieder aufzugreifen.

Beschlussvorschlag

Die Einrichtung von neun Fallmanager-Stellen für die Haushaltsjahre 2017-2020 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (11 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL/UWG, 52 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und FDP, der Gruppe PIRATEN sowie des Landrates, 1 Enthaltung FW)

Punkt 6.1.4 185/16 Vermittlung von Jugendlichen unter 25 Jahren verstärken - Selmer Modell übertragen; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016

Erörterung

Herr Wiggermann begründet den Antrag und erklärt, in dem Bereich „Abbau von Jugendarbeitslosigkeit“ wolle man von der eben vorgetragenen Grundhaltung, die maßgeblichen Veränderungen im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung in einem Gesamtpaket zu beschließen, abweichen, um diesen Punkt vorzuziehen.

Zwar leiste das Jobcenter in diesem Bereich hervorragende Arbeit, aber der Stand der Jugendarbeitslosigkeit sei immer noch zu hoch. Man habe im Kreistag die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit bis 2020 beschlossen und sei auf einem sehr guten Weg zur Erreichung dieses Ziels gewesen, aber aufgrund veränderter Rahmenbedingungen werde es jetzt schwierig. So seien ein Drittel der Flüchtlinge im Kreis Unna Jugendliche, um die man sich besonders kümmern müsse und wolle. Zudem müsse man jetzt Jugendliche erreichen, die bei der Vermittlung besondere Probleme hätten. Hier sei unter anderem ein veränderter Betreuungsschlüssel erforderlich, damit diese Jugendlichen den Weg in den Arbeitsmarkt fänden. Darüber hinaus sei die Situation auf dem Ausbildungsmarkt schwieriger geworden. Wegen dieser veränderten Rahmenbedingungen wollten die Fraktionen SPD und CDU im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit schneller handeln als auf den anderen Gebieten von Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung. Mit den zusätzlichen sechs Stellen hätte man insgesamt 48 Stellen im Jobcenter für diesen Bereich und würde das Personal den erhöhten Fallzahlen anpassen.

Herr Nadolski-Voigt führt aus, er halte den Antrag, ebenso wie den vorhergehenden, inhaltlich für richtig und werde ihm daher zustimmen. Jedoch wolle er anknüpfen an die Ausführungen von Herrn Meyer zum vorherigen Tagesordnungspunkt und auf die bestehenden Förderprogramme von Bund und Land verweisen. Modellprojekte in anderen Kommunen hätten zudem ergeben, dass gerade für Jugendliche ein hoher Betreuungsschlüssel wichtig sei, ebenso wie aufsuchende Arbeit, da diese sich häufig scheuten, die Arbeitsagentur aufzusuchen.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass im Rahmen des Selmer Modells, um das es hier gehe, sehr erfolgreich aufsuchende Arbeit stattfinde.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz erklärt Herr Wiggermann, dass die sechs zusätzlichen Stellen für das gesamte Kreisgebiet gedacht seien. Über den Einsatz werde die Geschäftsführung des Jobcenters entscheiden. Derzeit fänden Gespräche über die Übertragung des Selmer Modells insbesondere mit Lünen und Bergkamen statt, da der Nordkreis stärker von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen sei als das übrige Kreisgebiet. Diese Gespräche dauerten noch an.

Herr Meyer ergänzt, dass die Kommunen, die sich bislang geäußert hätten, dem Projekt positiv gegenüberstünden, nicht nur im Nordkreis, sondern beispielsweise auch in Schwerte. Gerade wegen dieser positiven Resonanz wolle man für diese Thematik mehr Personal vorsehen.

Herr Nadolski-Voigt fragt nach, warum nur sechs Stellen beantragt würden, während das Beratungspapier zum Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit die Notwendigkeit von neun Stellen für diesen Bereich belege.

Dazu erläutert Herr Wiggermann, dass man nur die für das vorgezogene Projekt dringend benötigte Stellenanzahl beantragt habe. Ob weitere Stellen eingerichtet werden sollten, um beispielsweise intensiver in das sozialintegrative Fallmanagement einzusteigen, müsse im Rahmen des Gesamtkonzepts zur wirkungsorientierten Steuerung entschieden werden.

Beschluss

Die Übertragung des Modellprojektes „Haus der Jugend Selm“ auf andere Kommunen im Kreis Unna wird befürwortet.

Der Landrat wird aufgefordert, Gespräche mit den Städten und Gemeinden im Kreis Unna darüber zu führen, in welcher Form und mit welchem Zeitfahrplan das Modellprojekt „Haus der Jugend Selm“ übertragen werden kann.

Der Landrat wird ferner mit der Einrichtung von mindestens sechs Stellen für die Umsetzung einer individuellen Fallbearbeitung, zum Beispiel durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels bei Jugendlichen unter 25 Jahre (U25), beauftragt. Die Finanzierung erfolgt über Stellen beim Jobcenter, die derzeit einer Bewirtschaftungssperre unterliegen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (60 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL/UWG, der Gruppe PIRATEN, FW sowie des Landrates, 3 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion, abwesend: Herr Dörner)

Punkt 6.1.6 181/16 Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Bürokratieabbau"; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 08.12.2016

Erörterung

Für die antragsstellenden Fraktionen SPD und CDU erläutert Frau Cziehso, es gehe um die Prüfung der Frage, wie man die formulierten Ziele der wirkungsorientierten Steuerung in Bezug auf den Abbau von Investitionshemmnissen im Kreis Unna erreichen könne. Man halte dies für ein vorrangiges Thema und bitte daher um Zustimmung zu dem Antrag, damit noch in 2017 ein entsprechender Bericht vorgelegt werden könne.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Herr Goldmann, Investitionshemmnisse durch Bürokratie basierten in der Regel nicht auf kommunalen Vorgaben, sondern auf Vorgaben auf Bundes-, Landes- oder EU-Ebene. Der Kreis habe nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, auf diesen Ebenen aktiv zu werden. Dies sei eher eine Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände, wo diese Diskussion sicherlich bereits geführt werde. Sinnvoll sei aus seiner Sicht allenfalls eine Aufstellung der WFG oder anderer Gesellschaften des Kreises über bestehende Investitionshemmnisse.

Herr Will erklärt, die FDP-Fraktion werde dem Antrag zustimmen, obwohl man sich gefragt habe, welche Investitionshemmnisse allein durch Handeln des Kreises verursacht sein könnten. Wichtig sei, dass Vertreter der Wirtschaft an der Arbeitsgruppe beteiligt würden.

Auf Nachfrage von Herrn Sell erläutert Herr Japerneite, Investitionshemmnisse seien beispielsweise nicht ausreichende Flächen, nicht ausreichendes Kapital oder fehlende Fachleute.

Herr Sell erklärt, dass die Frage möglicher Investitionshemmnisse besser von den Landtagsfraktionen von SPD und CDU aufgegriffen werden und an die Landesregierung gestellt werden sollte. Diese habe auch die entsprechenden wissenschaftlichen Mitarbeiter, um das Thema zu bearbeiten. Aus seiner Sicht sollte die Kreisverwaltung mit einer solchen Frage nicht belastet werden.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt darzustellen, wie das Ziel der wirkungsorientierten Steuerung „Investitionshemmnisse im Kreis Unna abzubauen“ erreicht werden kann. Ein Konzept wird zeitnah 2017 vorgelegt (Prüfung Einrichtung einer Arbeitsgruppe).

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (52 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, der Gruppe PIRATEN sowie des Landrates, 12 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL/UWG sowie FW)

Erörterung

Herr Enters verweist auf die ausführliche schriftliche Begründung des Antrags und unterstreicht, den antragsstellenden Fraktionen SPD und CDU sei es ein besonderes Anliegen, auf die Bereiche Naturerlebnis und Tourismus im Zusammenhang mit der wirkungsorientierten Steuerung noch einmal ausdrücklich zu verweisen. Die Erstellung des Konzeptes solle durch den Natur- und Umweltausschuss und den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität begleitet und das Konzept letztlich dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreicht Herr Kühnapfel die Bedeutung von qualitativ hochwertigen Angeboten, die Natur im Kreis Unna zu erleben, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des effektiven Naturschutzes. Es gebe aber bereits viele entsprechende Projekte im Kreis Unna. So seien beispielsweise in der Lippeaue unter anderem die Naturförderungsgesellschaft des Kreises und verschiedene Naturschutzverbände sowie die Waldschule Cappenberg sehr aktiv, deshalb wundere ihn die Forderung nach einem grundlegenden Konzept. Hinsichtlich des erwähnten Wettbewerbs mit anderen Gegenden glaube er, dass der Kreis gegen wirklich grüne Regionen keine Chance habe. Im Kreis gebe es immer einen großen Konfliktbereich, da wenig Natur einer hohen Bevölkerungsdichte gegenüberstehe. Dieses hochsensible Thema könne man nur Punkt für Punkt angehen und nicht durch Überstülpen eines grundlegenden Konzeptes.

Die Diskussion um das Thema im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung gehöre zudem in das Handlungsfeld „Natur und Umwelt“ und nicht vordringlich in das Feld „Arbeit und Wirtschaft“. Zwar sei vorgetragen worden, dass die Tourismusentwicklung unter Berücksichtigung der Naturschutzziele stattfinden solle, jedoch bestehe immer die Gefahr, dass die Naturschutzziele dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung untergeordnet würden. Naturschutz sei ein weicher Standortfaktor und die Wirkungen kaum mit messbaren Zahlen belegbar, so dass es schwierig sei, dies im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung zu diskutieren.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei gespannt auf die konzeptionellen Ideen und werde sich in die Diskussion einbringen.

Für die Gruppe PIRATEN unterstützt Herr Roß die Ansicht von Herrn Kühnapfel, dass das Konzept nicht nur in das Handlungsfeld „Arbeit und Wirtschaft“ eingebunden, sondern vorrangig in den Handlungsfeldern „Lebensqualität“ oder „Natur und Umwelt“ diskutiert werden sollte. Er schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags vor: „...und sie in das Gesamtkonzept der Strategie zur wirkungsorientierten Steuerung einzubinden. Mögliche Handlungsfelder wären hier „Arbeit und Wirtschaft“, „Natur und Umwelt“ oder „Lebensqualität“.

Nach kurzer Diskussion erklärt Herr Enters, SPD- und CDU-Fraktion wollten den Antrag in der ursprünglichen Fassung belassen. Im Protokoll könne festgehalten werden, dass das Thema in der wirkungsorientierten Steuerung in den entsprechenden Handlungsfeldern mit aufgenommen werden solle.

Vor dem Hintergrund der vorgetragenen Argumente erklärt Herr Kampmann, dass der Antrag aus Sicht der Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm zu früh komme. Er sollte daher heute nicht entschieden werden, sondern an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen werden.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass für eine Verweisung des Antrags nach der Geschäftsordnung des Kreistages eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich sei.

Der Antrag von Herrn Kampmann auf Verweisung des Antrages an den Natur- und Umweltausschuss und den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität wird bei 13 Ja-Stimmen (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, Gruppe PIRATEN und FW) und 51 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP sowie des Landrates) mehrheitlich abgelehnt.

Herr Landrat Makiolla stellt den Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Abstimmung.

Beschluss

Der Landrat wird aufgefordert, ein Konzept darüber vorzulegen, touristische Aktivitäten und Strukturen des Kreises zu stärken und zu explorieren, sie stärker als bisher mit den Angeboten des „Naturerlebnis im Kreis Unna“ zu verknüpfen und sie in das Gesamtkonzept der Strategie zur wirkungsorientierten Steuerung des Handlungsfeldes „Arbeit und Wirtschaft“ einzubinden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (58 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Gruppe PIRATEN sowie des Landrates, 1 Nein-Stimme der Fraktion GFL/UWG, 5 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL/UWG sowie FW)

Punkt 6.3.1 189/16 Mietzahlungen für Schloss Cappenberg; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist einleitend darauf hin, dass der Antrag auf Grund der Neustrukturierung des Kulturbereichs nicht das Budget 41, sondern das Budget 01 betreffe.

Herr Klostermann erläutert, die FDP-Fraktion beantrage nicht die Streichung von Haushaltsmitteln. Es gehe vielmehr darum, den Landrat mit Verhandlungen zu beauftragen, die zu einer Ersparnis von einer beliebigen Summe bis hin zur Höhe der Mietzahlung führen könnten.

Herr Landrat Makiolla stellt klar, dass der Kreis als Untermieter keine direkten Rechtsbeziehungen zum Vermieter habe, sondern lediglich zum Landschaftsverband als Mieter. Daher sei die Verhandlungsposition des Kreises deutlich schwächer als die des Hauptmieters.

Herr Jasperneite rät davon ab, Mietzahlungen zu mindern, da nicht geklärt sei, wer die Schuld für die Verzögerungen trage. Seine Fraktion könnte allenfalls einen entsprechenden Prüfauftrag unterstützen, nicht aber den Antrag in der vorliegenden Form.

Herr Klostermann trägt den Antragstext noch einmal vor und unterstreicht, dieser sage nicht aus, dass keine Miete mehr gezahlt werden solle. Er sei ein Arbeitsauftrag an den Landrat, in entsprechende Gespräche zu gehen, und damit als Prüfauftrag zu werten.

Frau Cziehso erklärt, die Formulierung des Antrags impliziere, dass der Kreis in der Lage sei, die Miete zu mindern. Das sei aber nicht der Fall, da der LWL der Hauptmieter der Immobilie sei. Der Kreis könnte allenfalls mit dem LWL verhandeln, daher müsste der Antrag aus ihrer Sicht umformuliert werden.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk unterstreicht, der Kreis habe kein Interesse daran, mehr zu bezahlen als er müsse. Es gebe eine komplexe Diskussion darum, wer die Verantwortung für die Verzögerungen trage. Der Kreis sei an den laufenden Gesprächen beteiligt, sei aber, wie bereits vorgetragen, nicht selbst Mieter und habe daher keine direkten Einflussmöglichkeiten auf den Eigentümer. Vor diesem Hintergrund halte er den Antrag nicht für erforderlich. Über die Entwicklung der Situation sei laufend im Ausschuss für Bildung und Kultur berichtet worden. Ende März, wenn voraussichtlich alle Planungen abgeschlossen und die weitere Entwicklung klar sei, werde er einen erneuten Sachstandsbericht geben.

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, dass die Mietzahlungen für die Mietsache „Ausstellungsräumlichkeiten auf Schloss Cappenberg“, die mit einer Höhe von insgesamt 130.000 Euro (Mietzins plus Nebenkosten) im kommenden Jahr im Haushalt veranschlagt sind, gemindert werden, solange die Mietsache nicht in dem Maße genutzt werden kann, wie es vertraglich vereinbart ist.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (13 Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Gruppe PIRATEN, 51 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL/UWG, FW und des Landrates, 1 Enthaltung GFL/UWG)

Punkt 6.3.2 192/16 Änderungen zum Haushaltsentwurf 2017; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 08.12.2016

Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für freilaufende Katzen

Erörterung

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnert Herr Goldmann daran, dass im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz Einigkeit darüber geherrscht habe, dass die Kastration freilaufender herrenloser Katzen eine sinnvolle und notwendige Maßnahme sei. Aufgrund dieser Einschätzung habe die Verwaltung entsprechende Mittel im Haushalt vorgesehen. Es sei ihm unverständlich, dass nun seitens der SPD- und CDU-Fraktion deren Streichung beantragt werde. Sollten die Mittel nicht eingestellt, aber im Laufe des Jahres benötigt werden, müsse ein Deckungsvorschlag unterbreitet werden. Lasse man sie aber im Haushalt stehen, gingen sie nicht verloren, selbst wenn sie nicht in Anspruch genommen würden.

Herr Kolar bestätigt, dass im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz Konsens über die Bereitstellung der Mittel bestanden habe. Nach Rücksprache mit der Verwaltung sei aber nun klar, dass eine entsprechende Verordnung voraussichtlich frühestens im Herbst beschlossen werden könne. Da abzusehen sei, dass die Mittel in der vorgesehenen Höhe nicht benötigt würden, sollte man sie nicht in den Haushalt einstellen. Die Aufwendungen für die voraussichtlich geringe Zahl an Kastrationen, die im kommenden Jahr möglicherweise noch durchgeführt würden, könnten nach Aussage der Verwaltung aus dem Haushalt bereitgestellt werden.

Herr Goldmann erklärt, folge man dieser Argumentation, sei die Einstellung zumindest eines Teilbetrags in den Haushalt sinnvoll. Eine Reduzierung des Ansatzes würde seine Fraktion mittragen, nicht aber die Streichung.

Herr Jasperneite unterstreicht, in der Sache sei man sich nach wie vor einig. Jedoch habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Kreistagssitzung im November selbst vorgetragen, dass die Maßnahme keine hohen Kosten verursachen werde, daher sollten auch keine überhöhten Beträge in den Haushalt ein-

gestellt werden. Er gehe davon aus, dass die geringen Beträge, um die es gehe, aus dem Haushalt erwirtschaftet werden könnten, so dass kein gesonderter Ansatz erforderlich sei.

Herr Landrat Makiolla stellt auf Nachfrage von Frau Cziehso klar, dass, sofern die Verordnung erlassen werden sollte, die daraus resultierenden ordnungsbehördlichen Aufgaben auf jeden Fall durchgeführt würden.

Beschluss

Die Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro für die Katzenkastration (Anlage 2, Veränderungsliste, ordentliche Aufwendungen) zum Haushaltsjahr 2017 werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (49 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU sowie FW und des Landrates, 16 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL/UWG, FDP und der Gruppe PIRATEN)

Haushaltsansatz Bauunterhaltung

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es auch hier um das Budget 01 gehe, nicht um den Fachbereich 60. Insoweit müsse der Text des Beschlussvorschlages geändert werden.

Herr Goldmann äußert sein Unverständnis darüber, dass ein Kräutergarten auf Haus Opherdicke nicht gewünscht sei, zumal entsprechende Mittel dafür von den Stiftern zur Verfügung gestellt würden. Genauso wenig verstehe er den Antrag auf Streichung der Mittel für die Erstellung des Skulpturenparks. Die Skulpturen im Wert von rund 1 Mio. Euro befänden sich bereits im Eigentum des Kreises. Mit den 20.000 Euro sollten die notwendigen Voraussetzungen für das Aufstellen der Skulpturen geschaffen werden.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk weist darauf hin, dass es sich um investive Mittel handle. Den genannten Auszahlungen hätten Einzahlungen aus der Stiftung gegenübergestanden, wenn deren Einrichtung beschlossen worden wäre. Der Antrag müsste sich also, sowohl bezüglich der Ansätze für den Kräutergarten als auch für den Skulpturenpark, auf den Finanzplan beziehen.

Herr Kranemann merkt an, wenn die Skulpturen im Besitz des Kreises so einen hohen Wert hätten, halte er es für sträflich und leichtsinnig, diese ohne eine Bewachung im öffentlichen Raum auszustellen. Man könne sie leicht wegtragen.

Auch Herr Enters spricht sich dafür aus, zunächst ein vernünftiges Konzept zur Sicherung der Skulpturen zu entwickeln. Daher forderten SPD- und CDU-Fraktion, sich im Zusammenhang mit der noch einzurichtenden Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke Gedanken darüber zu machen, wie das gesamte Gelände aussehen solle und wie man es absichern könne. Es sei ein gutes Ansinnen, Haus Opherdicke weiter zu entwickeln, aber man sollte das Konzept in Ruhe überdenken.

Beschluss

Folgende Haushaltsansätze bei den Auszahlungen für Investitionen im Budget 01, Seite 197, Ziff. 25 werden gestrichen:

Haus Opherdicke / Erstellung eines Skulpturenparks 20.000 €

Haus Opherdicke / Erstellung eines Kräutergartens 40.000 €

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(47 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und CDU, 18 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL/UWG, FDP, der Gruppe PIRATEN, FW sowie des Landrates)

Nachhaltigkeitskonzept

Erörterung

Herr Goldmann erinnert daran, dass die Mittel in Höhe von 15.000 Euro für die Dokumentation der bisherigen Ergebnisse der Nachhaltigkeitsstudie gedacht waren. Die Aufwendungen seien also nur verzichtbar, wenn SPD- und CDU-Fraktion die Dokumentation des bisherigen Prozesses nicht mehr wollten. Das ergebe sich aus dem Antrag aber nicht. Er bittet die Antragssteller um eine entsprechende Klarstellung.

Auf Nachfrage von Herrn Jasperneite erklärt Herr Dr. Timpe, für 2016 habe man verwaltungsseitig 20.000 Euro für die Nachhaltigkeitsstrategie in den Haushalt eingestellt; diese seien in den Haushaltsberatungen aber auf Antrag der Fraktionen SPD und CDU auf Null reduziert worden.

Frau Cziehso stellt klar, es sei Beschlusslage, dass man die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung einbeziehen wolle. Mit den vorgesehenen 15.000 Euro hätten diese Ergebnisse zusammengefasst und dokumentiert werden sollen. Aus Sicht von SPD und CDU könnten jedoch die Ergebnisse in der jetzt vorliegenden Form in die wirkungsorientierte Steuerung übernommen werden.

Herr Goldmann fragt nach, ob die Übernahme der Ergebnisse ohne fachliche Aufbereitung überhaupt möglich sei.

Herr Dr. Timpe erklärt, diese Frage werde sich nicht klären lassen, bis klar sei, wie sich die wirkungsorientierte Steuerung auf der Ebene von Zielen und Indikatoren darstelle. Die wirkungsorientierte Steuerung decke nicht den gesamten Bereich der Nachhaltigkeitsstrategie ab. Es gebe eine Schnittmenge in dem Bereich, in dem der Kreis selbst mit Zielen und Indikatoren agiere. Darüber hinaus gebe es einen weiten Bereich, in dem Aktivitäten anderer Akteure gefragt seien. Die 15.000 Euro, um die es jetzt gehe, seien von der Verwaltung aufgrund der bestehenden Beschlusslage für den zweiten Nachhaltigkeitsbericht im Haushalt vorgesehen worden. Dabei gehe es darum, das, was im ersten Nachhaltigkeitsbericht an Indikatoren formuliert und mit entsprechenden Daten belegt worden sei, mit einem angemessenen zeitlichen Abstand nachzumessen und aus den Ergebnissen entsprechende Schlüsse zu ziehen. Die Berichterstattung als Dokumentation sei dabei ein zentraler Punkt.

Beschluss

Die Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 Euro für die Nachhaltigkeitsstrategie (FB 69 Teilergebnisplan 69.00.01 Verwaltung) zum Haushaltsjahr 2017 werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(50 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und FDP, 15 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL/UWG, der Gruppe PIRATEN, FW sowie des Landrates)

Waldschule Cappenberg

Erörterung

Frau Cziehso und Herr Holz erklären sich als Mitglieder im Vorstand der Waldschule Cappenberg zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass kurz vor der Sitzung noch eine geänderte Formulierung seitens der Antragssteller eingegangen sei und bittet Herrn Enters, diese vorzutragen. (vgl. unter „Beschluss“).

Für die antragsstellenden Fraktionen SPD und CDU lobt Herr Enters ausdrücklich die wertvolle Arbeit der Waldschule Cappenberg. Diese habe inzwischen ein Konzept vorgelegt, das die Zusammenarbeit mit dem Umweltzentrum regele und eine Ausweitung der Angebote auf den Mittel- und Südkreis beinhalte. Man sei bereit, die substantielle Förderung der Waldschule mitzutragen.

Durch Zuwendungen aus dem Nordkreis habe sich 2015 die bis dahin prekäre Finanzsituation der Waldschule verändert. Trotzdem würden SPD- und CDU-Fraktion das Einstellen von 30.000 Euro in den Haushalt befürworten, die Auszahlung dieser Zuwendung aber unter den Vorbehalt der Vorlage eines Wirtschaftsplans stellen. Hintergrund sei, dass man in eine neue Art der Förderung, zusätzlich zu den mittelbar über die Naturförderungsgesellschaft des Kreises bereitgestellten 10.000 Euro hinaus, einsteige. Nach Beratung des Wirtschaftsplans im Fachausschuss oder im Kreisausschuss solle die Mittelauszahlung nur im Falle der Notwendigkeit einer finanziellen Förderung erfolgen.

Herr Kühnapfel begrüßt die positive Würdigung der Arbeit der Waldschule, kritisiert jedoch das Misstrauen, das der Antrag impliziere. Statt dieses öffentlich zum Ausdruck zu bringen, hätte man etwaige Fragen in Gesprächen mit der Waldschule und der Naturförderungsgesellschaft klären können. Die Aufstellung eines Wirtschaftsplans sei ohnehin eine Selbstverständlichkeit.

Für die CDU-Fraktion unterstützt Herr Jasperneite die positiven Ausführungen von Herrn Enters zur Arbeit der Waldschule. Trotzdem müsse man bei Fördermaßnahmen auf Chancengleichheit achten und sehe daher ein verlässliches Konzept der umweltpädagogischen Maßnahmen der Waldschule für den gesamten Kreis als notwendig an.

Er bitte die Verwaltung zudem um Auskunft, wann ein entsprechender Beschluss im Natur- und Umweltausschuss, im Kreisausschuss oder im Kreistag über einen Förderbetrag für Waldschule einzustellen.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es ihm in seiner Funktion als Landrat und Verantwortlicher für den Haushaltsentwurf frei stehe, einen solchen Betrag in den Haushalt einzustellen. Genauso könne die Politik diesen wieder streichen.

Herr Goldmann erklärt, angesichts des von SPD- und CDU-Fraktion geäußerten Lobs über die Arbeit der Waldschule Cappenberg stelle sich für ihn die Frage, weshalb diese Fraktionen eine Vielzahl von Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf finanzielle Unterstützung der Waldschule abgelehnt hätten. Bei der jetzt geführten Diskussion gehe es, wie schon bei einigen vorhergehenden Tagesordnungspunkten, auch um eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Herr Enters stellt die veränderte Finanzierungssituation der Waldschule dar, die sich aufgrund des Ausstiegs der drei Nordstädte aus der Förderung ergeben habe. Da sich insoweit auf Sicht eine strukturelle Unterfinanzierung ergebe, seien SPD- und CDU-Fraktion nun bereit, eine Förderung mitzutragen. Voraussetzung sei eine Ausweitung des Angebots auf das gesamte Kreisgebiet.

Festzuhalten sei zudem, dass bei jeder Förderung von freien Trägern immer sehr genau betrachtet werden müsse, wofür diese erfolge. Genau so verfähre man auch jetzt bei der Waldschule.

Herr Jasperneite stellt klar, dass es keine Beschlusslage zur Förderung der Waldschule gebe, was aber in einigen Diskussionsbeiträgen suggeriert worden sei. Außerdem seien die Verantwortlichen der Waldschule nach jahrelangen Diskussionen erstmals bereit, ihre umweltpädagogische Tätigkeit auf das gesamte Kreisgebiet auszuweiten. Dies müsse aber auch konzeptionell dargestellt werden.

Nach weiterer kurzer und emotional geführter Diskussion, unter anderem über die Wortwahl in den Diskussionsbeiträgen, stellt Herr Landrat Makiolla den Antrag der Fraktionen SPD und CDU in der von Herrn Enters vorgetragenen veränderten Form zur Abstimmung.

Beschluss

Die Zuwendung im Teilergebnisplan 69.00.01 unter Position 016 für die Waldschule Cappenberg in Höhe von 30.000 € wird unter dem Vorbehalt der Vorlage eines Wirtschaftsplanes für das Jahr 2017 beschlossen.

Gleichzeitig wird der Landrat beauftragt, unter Einbindung der im Bereich der Umweltpädagogik tätigen Institutionen (Waldschule Cappenberg, Naturförderungsgesellschaft, Ökologiestation, Kreisjägerschaft etc.) ein integriertes Konzept für ein kreisweites, umweltpädagogisches Angebot vorzulegen.

Der Wirtschaftsplan und das integrierte Konzept werden vor Freigabe der Mittel dem Fachausschuss und dem Kreisausschuss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Mitwirkung von Frau Cziehso und Herrn Holz)

Im Anschluss an die Beschlussfassung über die einzelnen Haushaltsanträge lässt Herr Landrat Makiolla über den Stellenplan und die Haushaltssatzung sowie über die Einwendungen der Städte und Gemeinden abstimmen.

Punkt 6.2 127/16/1 Stellenplan für das Jahr 2017

Beschluss

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 wird als Anlage zum Haushaltsplan in der Fassung der Einbringung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6.3 172/16/1 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden

Erörterung

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk führt aus, dass sich durch die gefassten Beschlüsse der Finanzplan verändere. So ergäben sich 40.000 Euro weniger an Einzahlungen durch das Nichteinrichten der Stiftung Friesendorf.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen verringere sich dadurch auf 3.813.500 Euro. Zudem ergäben sich durch den Wegfall der Ansätze für den Kräutergarten und für den Skulpturenpark 60.000 Euro weniger an Auszahlungen; der Gesamtbetrag verringere sich hier auf 15.629.440 Euro.

Im Ergebnisplan werde man die geringen Beträge, die durch die gefassten Beschlüsse herausgefallen seien, durch eine Aufstockung des Ansatzes für „Aufwendungen für einmalige Leistungen für Arbeitssuchende“ kompensieren, so dass die Veränderungen im Saldo neutral seien.

Herr Landrat Makiolla trägt die entsprechend angepasste Ziffer 2 des Beschlussvorschlages vor und stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

1. Den nach § 55 Abs. 2 Satz 3 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen von den Städten und Gemeinden erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage wird in dem Umfang entsprochen, wie durch den Beschluss des Kreistages zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 eine Absenkung des Hebesatzes und der Zahllast erfolgt. Im Übrigen werden die Einwendungen zurückgewiesen.
2. Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2017 wird einschließlich Ergebnisplan und Finanzplan mit den durch die Einzelabstimmung über die Anträge vorgenommenen Veränderungen beschlossen.

Der Landrat wird beauftragt, das Zahlenwerk und die Darstellungen im Produkthaushalt entsprechend ergebnisneutral anzupassen.

Der Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage wird auf einheitlich 45,41 v.H. der geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt. Der Hebesatz der differenzierten Umlage für die Aufgaben der Jugendhilfe wird auf einheitlich 24,3901 v.H. der geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Linksfraktion, GFL/UWG, FDP, der Gruppe PIRATEN sowie des Landrates, 8 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FW)

Punkt 7 186/16 Umsetzung des Antrags vom 12.12.2014- Konzept für Reinigungsleistungen, TOP 5.2.8. (Haushalt 2015) der Kreistagssitzung am 16.12.14; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016

Erörterung

Auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla erklärt sich Herr Klostermann damit einverstanden, dass, wie bereits im Kreisausschuss diskutiert, zunächst allen Kreistagsmitgliedern ein Bericht über den Ist-Zustand bei den Reinigungsleistungen an den Schulen als Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt wird. Als Zeitpunkt für die Vorlage des Konzeptes wird „Oktober“ statt „Sommer“ vorgeschlagen.

Herr Landrat Makiolla stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Das Konzept für Reinigungsleistungen an Schulen wird dem Kreistag bis zu seiner Sitzung im Oktober vorgelegt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung FW)

Punkt 8 156/16 Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015

Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 089/16 Anpassung von Gesellschaftsverträgen im Bereich der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) und ihrer Tochtergesellschaften

Beschluss

1. Den Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU), an der der Kreis Unna unmittelbar beteiligt ist, wird auf der Grundlage des der Drucksache 089/16 als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrags zugestimmt. Die Vertreter des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung der VKU werden beauftragt, entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen.
2. Den Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG), an der der Kreis Unna über die VKU mittelbar beteiligt ist, wird auf der Grundlage des der Drucksache 089/16 als Anlage 2 beigefügten Gesellschaftsvertrags zugestimmt. Die Vertreter des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung der VKU werden beauftragt, entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen.
3. Der Neufassung des Gesellschaftsvertrags der VKU-Verkehrsdienst GmbH, an der der Kreis Unna über die VKU mittelbar beteiligt ist, wird auf der Grundlage des der Drucksache 089/16 als Anlage 3 beigefügten Gesellschaftsvertrags zugestimmt. Die Vertreter des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung der VKU werden beauftragt, entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen.
4. Der Landrat wird beauftragt, das Anzeigeverfahren nach § 115 GO NRW einzuleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 163/16 Übertragung von Geschäftsanteilen an der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH; steuerliche Optimierung

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der VBU die Maßnahme am 12.12.2017 gebilligt hätten, ebenso wie der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der VKU am 05.12.2017.

Beschluss

1. Der Kreis Unna überträgt seinen Geschäftsanteil an der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU) auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU). Soweit hierfür nach dem Gesellschaftsvertrag der VKU auch die Zustimmung der Gesellschafterversammlung der VKU erforderlich ist, werden die Vertreter des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung der VKU beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
Der Landrat wird ermächtigt, den der Drucksache 163/16 als Anlage 1 beigefügten Geschäftsanteilsübertragungsvertrag abzuschließen.
2. Dem der Drucksache 163/16 als Anlage 2 beigefügten Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wird zugestimmt. Den Gremienvertretern des Kreises Unna wird eine entsprechende Beschlussfassung empfohlen.
3. Der in Anlage 3 der Drucksache 163/16 dargestellten Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der VBU wird zugestimmt. Die Vertreter des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung der VBU werden beauftragt, die zur Umsetzung erforderlichen Beschlüsse zu fassen.
4. Der Landrat wird beauftragt, das kommunalaufsichtliche Anzeigeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 11 152/16 Anwendung des neuen § 2b Umsatzsteuergesetzes (UStG)

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, gegenüber dem Finanzamt Dortmund-Unna bis zum 31.12.2016 eine Erklärung gem. § 27 Abs. 22 UStG abzugeben, dass § 2 Absatz 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin angewendet werden soll.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 12 139/16 Bestellung zweier Prüferinnen der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten

Beschluss

1. Frau Anke Möllmann wird mit sofortiger Wirkung als Prüferin der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten bestellt.
2. Frau Karina Reetz wird mit sofortiger Wirkung als Prüferin der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 168/16 Bestellung einer Prüferin der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten

Beschluss

Frau Heike Krause wird vom Zeitpunkt ihrer Umsetzung in die Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten an als Prüferin bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 14 134/16 Errichtung zweijähriger Bildungsgänge (Klassen 11/12), die berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten u. Fertigkeiten u. die FHR vermitteln -Fachbereich Technik (Elektrotechnik u. Metalltechnik) je 1 Klasse gem. § 8 Ziffer 1 der Anlage C i.V.m. Anlage C 3 zur APO-BK

Beschluss

Zum Schuljahr 2017/2018 werden die zweijährigen Bildungsgänge (Klassen 11/12), die berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten und die Fachhochschulreife vermitteln

- Fachbereich Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik, 1 Klasse
- Fachbereich Technik, fachlicher Schwerpunkt Metalltechnik, 1 Klasse

gemäß § 8 Ziffer 1 der Anlage C in Verbindung mit Anlage C 3 zur APO-BK am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg des Kreises Unna in Werne errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 15 135/16 Errichtung zweijähriger Bildungsgänge, die berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten u. Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der FHR vermitteln - FB Technik/Naturwissenschaften und FB Gestaltung gem. § 2 Ziffer 3 der Anlage C i.V.m. Anlage C 2 zur APO-BK

Beschluss

Zum Schuljahr 2017/2018 werden die zweijährigen Bildungsgänge, die berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der Fachhochschulreife vermitteln

- Fachbereich Technik/Naturwissenschaften, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik – Profilbildung; Informations- und Kommunikationstechnik, 1-2 Klassen
- Fachbereich Technik/Naturwissenschaften, fachlicher Schwerpunkt Labor- und Verfahrenstechnik, 1 Klasse
- Fachbereich Gestaltung – Profilbildung; Multimedia, 1 Klasse

gemäß § 2 Ziffer 3 der Anlage C in Verbindung mit Anlage C 2 zur APO-BK am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg des Kreises Unna in Werne errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 16 136/16 Errichtung von Bildungsgängen der Fachschule mit mindestens 2.400 Unterrichtsstunden - FB Technik (Umweltschutz-, Elektro- u. Maschinenbautechnik gem. § 2 Ziffer 3 und § 37 der Anlage E i.V.m. Anlage E 3 zur APO-BK

Beschluss

Zum Schuljahr 2017/2018 werden die Bildungsgänge der Fachschule mit mindestens 2.400 Unterrichtsstunden

- Fachbereich Technik, Fachrichtung Umweltschutztechnik, 1 Klasse
- Fachbereich Technik, Fachrichtung Elektrotechnik, 1 Klasse
- Fachbereich Technik, Fachrichtung Maschinenbautechnik, 2 Klassen

gemäß § 2 Ziffer 3 und § 37 der Anlage E in Verbindung mit der Anlage E 3 zur APO-BK am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg des Kreises Unna in Werne errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 17 148/16 Standortperspektive Förderzentrum Unna

Erörterung

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass sich das im vergangenen Jahr beschlossene Förderschulkonzept für den Kreis Unna maßgeblich an den vorhandenen und genutzten Immobilien orientiert habe. Die CDU-Fraktion halte es daher für problematisch und kritisiere es ausdrücklich, dass sich nach kurzer Zeit herausgestellt habe, dass bei der Harkortschule weder die erforderliche Qualität noch die benötigten quantitativen Voraussetzungen vorlägen. Dennoch werde seine Fraktion die nun notwendigen Beschlüsse mittragen.

Herr Landrat Makiolla weist die Kritik zurück. Er unterstreicht, dass die Verwaltung stets transparent gearbeitet und zu keinem Zeitpunkt Informationen zurückgehalten habe.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, für das Förderzentrum Unna ein Neubauvorhaben auf dem städtischen Grundstück der Anne-Frank-Realschule möglichst im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Stadt Unna weiter vorzubereiten.

Dem Kreistag ist in seiner Sitzung am 27.06.2017 ein entsprechender Vorentwurf einschließlich belastbarer Kostenschätzung und eines Maßnahme- und Zeitplanes für die Realisierung des Projektes vorzulegen. Dem Ausschuss für Bildung und Kultur und dem Unterausschuss für Hoch- und Tiefbau ist fortlaufend zu berichten. Die Schule ist in die Planung eng einzubinden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18 184/16

**Übergang Schule - Beruf aus einer Hand steuern;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 07.12.2016**

Erörterung

Herr Wiggermann begründet den Antrag und stellt heraus, es gebe viele Aktivitäten in verschiedenen Organisationsbereichen der Kreisverwaltung, um Jugendlichen zu helfen, das richtige Studium, einen Ausbildungsplatz oder Arbeit zu finden.

Mit dem Bericht solle eine Übersicht über diese Aktivitäten gegeben werden, anhand derer man dann auch die Organisation dieses Aufgabenfeldes überprüfen und gegebenenfalls im Sinne einer „Steuerung aus einer Hand“ optimieren könne.

Herr Nadolski-Voigt verweist auf die langjährigen Diskussionen und die vielfältigen Aktivitäten im Bereich Übergang Schule - Beruf, die unter anderem federführend von der Stiftung Weiterbildung durchgeführt würden. Eine Zusammenarbeit der Beteiligten wichtig; daher könne er die Intention des Antrags nur befürworten. Bereits 2008 sei im Kooperationsvertrag zum Bildungsportal „Regionales Bildungsnetzwerk in der Bildungsregion Kreis Unna“ zwischen den Städten und Gemeinden und dem Kreis vereinbart worden, dass man die Potenziale in der Region besser ausschöpfen und vernetzen wolle. Seither habe sich viel bewegt, und es wäre ein großer Erfolg, wenn man es jetzt schaffen würde, diesen Bereich in die Struktur der wirkungsorientierten Steuerung einzubinden.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, einen Bericht darüber vorzulegen, wie sich die unterschiedlichen Aktivitäten im Konzern Kreis Unna zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf und im Bereich Bildungsmanagement, zum Thema Schulabbrecherquote, bei der Stiftung Weiterbildung, im Aufgabenfeld Hochschule und Beruf, Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit etc. darstellen.

Der Bericht soll dazu dienen zu analysieren, ob der Kreis Unna unter dem Gesichtspunkt „Steuerung aus einer Hand“ konzeptionell optimal aufgestellt ist.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung GFL/UWG)

Punkt 19 176/16

**Aufwertung Haus Opherdicke;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist einleitend darauf hin, dass im Kreisausschuss vereinbart worden sei, zunächst über den Antrag von SPD- und CDU-Fraktion über die Einrichtung einer Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke abzustimmen, und den FDP-Antrag zur Aufwertung von Haus Opherdicke gegebenenfalls zur weiteren Behandlung an die eingerichtete Kommission zu verweisen.

Für die FDP-Fraktion stellt Herr Will die besondere Bedeutung von Haus Opherdicke für den Kreis Unna heraus. Obwohl dort inzwischen viel erreicht worden sei, könnte nach Meinung der FDP-Fraktion noch mehr bewegt werden. Er habe bereits im Ausschuss für Bildung und Kultur deutlich gemacht, dass die FDP-Fraktion dem bisherigen gastronomischen Konzept „Café folgt Ausstellung“ mit den eingeschränkten Öffnungszeiten nicht viel abgewinnen könne. Zielsetzung des FDP-Antrags sei, dass die Konzeption der Gastronomie noch einmal überdacht werde. Der nachfolgend gestellte Antrag von SPD und CDU impliziere, dass

auch die beiden großen Fraktionen darüber nachdenken wollten, was auf Haus Opherdicke noch ermöglicht werden könne, auch über das gastronomische Konzept hinaus.

Die FDP-Fraktion sei damit einverstanden, zunächst über den Antrag der Fraktionen SPD und CDU zu beraten und den FDP-Antrag gegebenenfalls an die neu eingerichtete Kommission zu verweisen.

Herr Landrat Makiolla ruft den Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Beratung auf (siehe Punkt 19.1).

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 19.1 wird der Antrag der FDP-Fraktion einstimmig zur weiteren Beratung an die Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke überwiesen.

Punkt 19.1 193/16/1 Einrichtung einer Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 12.12.2016

Erörterung

Frau Cziehso erklärt, SPD- und CDU-Fraktion wollten die Kommission, die es schon einmal gegeben habe, wieder einrichten, um die Verwaltung in ihrer konzeptionellen Arbeit bezüglich des Hauses Opherdicke konstruktiv zu unterstützen.

Herr Stalz bedauert, dass die Freien Wähler an der Kommission nicht beteiligt würden. Er rege dennoch an zu versuchen, im Rahmen der Regionale 2020 Fördermittel für Haus Opherdicke zu akquirieren.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass man zunächst abwarten müsse, ob der Kreis den Zuschlag für die Regionale bekomme. Er erkundigt sich sodann, ob ein einheitlicher Wahlvorschlag für die Wahl der Kommissionsmitglieder unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlags vorliege.

Die Fraktionen und Gruppen tragen ihre Besetzungsvorschläge vor (vgl. Ziffer 3 des Beschlusses). Weitere Vorschläge oder Gegenstimmen ergeben sich nicht. Herr Makiolla erklärt, dass damit ein einheitlicher Wahlvorschlag vorliege, über den man im Beschlussverfahren abstimmen könne. Die Annahme müsse einstimmig erfolgen, anderenfalls sei eine Listenwahl erforderlich.

Für die Beschlussfassung unter Ziffer 4 schlägt Frau Cziehso als Vorsitzenden Herrn Wilfried Feldmann vor, Herr Jasperneite schlägt Herrn Udo Holz für die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Beschluss

1. Der Kreistag beschließt die Einrichtung einer „Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke“. Die Kommission hat die Aufgabe, sich umfassend mit der Weiterentwicklung des Hauses Opherdicke zu beschäftigen. Dazu gehört z.B. das kulturelle und gastronomische Angebot, die weitere bauliche Gestaltung der Gesamtanlage, das museumspädagogische Konzept, die Einbindung des Kreissportbundes oder das Marketingkonzept. Die Kommission berichtet gegenüber den zuständigen Fachausschüssen bzw. Kreisausschuss und Kreistag. Beschlüsse werden nicht gefasst. Die Zielsetzung der wirkungsorientierten Steuerung wird berücksichtigt. Die Kommission tagt nicht öffentlich.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

2. Die Kommission setzt sich aus acht ordentlichen und acht stellvertretenden Mitgliedern zusammen. Außerdem nehmen an den Sitzungen teil:
- Kreisdirektor/Kulturdezernent
 - Baudezernent
 - Leiterin Stabsstelle Kultur
- Gäste können jederzeit hinzu gezogen werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Mitwirkung des Landrates)

3. Gemäß § 35 Abs. 3 Satz 1 KrO werden folgende Personen in die „Kommission zur Weiterentwicklung von Haus Opherdicke“ gewählt:

	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	Udo Holz	Bernd Engelhardt
2.	Hartmut Ganzke	Jens Schmülling
3.	Wilfried Feldmann	Dieter Kleinwächter
4.	Gabriele Richter	Elke Middendorf
5.	Hartmut Hegewald-Gnadt (sB)	Anke Schneider
6.	Werner Sell	Insa Bußmann
7.	Helmut Rosenkranz	Dr.Hubert Seier (sB)
8.	Julius Will	Dieter Albert

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung FW; ohne Mitwirkung des Landrates)

4. Den Vorsitz übernimmt Herr Wilfried Feldmann (CDU) und den stellvertretenden Vorsitz Herr Udo Holz (SPD).

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 20 157/16 Rahmenvereinbarung über die Grundlagen der Zusammenarbeit zur Förderung der besonderen Belange von Frauen und Mädchen mit dem Frauenforum im Kreis Unna e.V.

Erörterung

Zunächst wird über die beantragten Änderungen der Rahmenvereinbarung beraten (vgl. Erörterung zu Punkt 20.1). Anschließend stellt Herr Landrat Makiolla den Beschlussvorschlag mit der unter Tagesordnungspunkt 20.1 beschlossenen Ergänzung zur Abstimmung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit dem Frauenforum im Kreis Unna e.V. die der Drucksache 157/16 als Anlage beigefügte Rahmenvereinbarung abzuschließen.

Der Landrat wird zudem beauftragt, sich beim Land NRW für eine Vollfinanzierung der Aufgaben des Frauenforums einzusetzen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (62 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, FDP-Fraktion, der Gruppe PIRATEN und FW, 2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

Punkt 20.1 188/16 Änderungen in der Rahmenvereinbarung; Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016 zur DS 157/16

Erörterung

Für die FDP Fraktion erläutert Herr Klostermann den Antrag. Man wolle mit dem festen Auslaufdatum des Vertrages sicherstellen, dass sich der neu gewählte Kreistag in der nächsten Wahlperiode mit der Thematik beschäftige. Mit dem selbst auferlegten Zeitdruck solle eine angemessene inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema gewährleistet werden.

Herr Roß schließt sich für die Gruppe PIRATEN dieser Auffassung an und schlägt vor, Ziffer 1 des Antrags um den Zusatz zu ergänzen, dass die Vertragsparteien verbindlich 12 Monate vor Ende der Vertragslaufzeit die Gespräche über die Nachfolge-Rahmenvereinbarung aufnehmen und die Politik darüber informieren sollten.

Frau Chur erklärt, die SPD-Fraktion werde die Ziffer 1 des Beschlussvorschlags ablehnen. Der Rahmenvertrag werde, auch hinsichtlich der Laufzeit, von ihrer Fraktion für richtig erachtet, zumal sich die Vertragsparteien darauf verständigt hätten. Man könne jedoch verbindlich zusagen, dass die Thematik vor Ende der Vertragslaufzeit im Fachausschuss behandelt werde.

Frau Heinrichsen schließt sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Argumentation von Frau Chur an. Nach dem Originaltext des Vertrages bestehe die Option, sich an regelmäßig festgelegten Punkten mit der Thematik erneut zu befassen. Daher sehe auch ihre Fraktion nicht die Notwendigkeit, ein Enddatum für den Vertrag zu definieren.

Für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm unterstützt Herr Kampmann diese Meinung und weist ergänzend darauf hin, dass eine Rahmenvereinbarung vorliege, die zwischen den Vertragsparteien ausgehandelt worden sei. Wenn man diese einseitig ändere, müsse mit der anderen Partei noch einmal nachverhandelt werden.

Herr Klostermann erklärt, die FDP-Fraktion nehme den Änderungswunsch der Gruppe PIRATEN in ihren Antragstext auf.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass im Kreisausschuss darum gebeten worden sei, die Ziffern des Änderungsantrags getrennt abzustimmen und schlägt vor, so zu verfahren. Die Kreistagsmitglieder erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Jasperneite kündigt an, die CDU-Fraktion werde die Ziffer 1 des Antrags ablehnen, Ziffer 2 aber mittragen. Ergänzend weist er darauf hin, dass auch die Laufzeit des Mietvertrages für das UKBS-Gebäude, in

dem das Frauenforum tätig sei, in der Gesamtdiskussion eine Rolle spiele. Man werde entweder zum Ende der Wahlperiode oder zum Ende der Mietlaufzeit darüber diskutieren müssen, wie man mit dem Thema weiter umgehe.

Herr Landrat Makiolla stellt sodann die Ziffern des Antrags der FDP-Fraktion einzeln zur Abstimmung; Ziffer 1 in der durch den Ergänzungsvorschlag der Gruppe PIRATEN veränderten Form.

Beschlussvorschlag

Die Rahmenvereinbarung wird unter Punkt 4 - Inkrafttreten und Laufzeit – geändert. Punkt 4.1 soll wie folgt ersetzt werden: „Der Rahmenvertrag tritt mit Wirkung vom 01.01.2017 in Kraft und endet am 31.12.2021. Die Vertragsparteien nehmen verbindlich 12 Monate vor Ende der Vertragslaufzeit die Gespräche über die Nachfolge-Rahmenvereinbarung auf und informieren die Politik entsprechend.“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (5 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion und der Gruppe PIRATEN, 58 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, von FW sowie des Landrates; abwesend: Herr Rosenkranz)

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, sich beim Land NRW für eine Vollfinanzierung der Aufgaben des Frauenforums einzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 21 160/16 Änderungsvereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna für das Jahr 2017

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die der Drucksache 160/16 als Anlage 2 beigefügte Änderungsvereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna für das Jahr 2017 abzuschließen.

Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, eine neue Leistungs-, Qualitäts-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung unter Beteiligung des Jobcenters Kreis Unna als zusätzlichen Vertragspartner vorzubereiten und so rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen, dass diese mit Wirkung zum 01.01.2018 in Kraft treten kann.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 22 179/16 Finanzierung der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen im Kreis Unna

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die der Drucksache 179/16 als Anlage 2 beigefügte Änderungsvereinbarung zur Unterhaltung und Finanzierung der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen im Kreis für das Jahr 2017 abzuschließen.

Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, eine neue Leistungs-, Qualitäts-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung vorzubereiten und so rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen, dass diese mit Wirkung zum 01.01.2018 in Kraft treten kann.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 23 147/16 Richtlinien des Kreises Unna über die Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten;
Festsetzung neuer Richtwerte für die Angemessenheit**

Beschluss

1. Für die laufenden Bedarfe der Unterkunft in den Rechtskreisen SGB II und SGB XII gelten mit Wirkung vom 01.01.2017 die im Rahmen des „Konzeptes zur Ermittlung der Kosten der Unterkunft 2015 inklusive Fortschreibungsbericht 2016“ ermittelten neuen Richtwerte für die Angemessenheit laut Anlage 3 a zur Drucksache 147/16.
2. Der Landrat wird beauftragt, die „Richtlinien für die Kosten der Unterkunft und Heizung“ entsprechend zu ändern und diese im Übrigen dem neuesten Stand der Gesetzgebung sowie Rechtsprechung anzupassen. Dabei sind die unter Ziffer 5.1 beschriebenen Eckpunkte zu beachten. Das gleiche gilt im Sinne einer einheitlichen und gleichmäßigen Anwendung in der Sachbearbeitung für die begleitenden Arbeitshinweise.
3. Angesichts der dynamischen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wird der Landrat des Weiteren beauftragt, bis spätestens zum 31.12.2017 die Richtwerte für die Angemessenheit erneut zu prüfen und bei Änderungsbedarfen zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 24 177/16 Auszahlungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ab 2017;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla verweist auf die Diskussion im Kreisausschuss. Er habe an die FDP-Fraktion die Frage gerichtet, ob man den Klammerzusatz „orientiert an der Bundesstatistik der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege“ im Antrag streichen könne. Eine Aufstellung anderer Art gebe es schon, und diese habe man den Kreistagsmitgliedern inzwischen zur Verfügung gestellt.

Für die FDP-Fraktion begründet Herr Will das Erfordernis einer quantitativen Auflistung über die Aufteilung und Verwendung der Mittel, die die Freien Wohlfahrtsverbände vom Kreis erhalten. Er erklärt sich damit einverstanden, die weitere Diskussion über den Antrag im Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung zu führen.

Die weitere Diskussion über den Antrag wird einstimmig in den Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung verwiesen.

**Punkt 25 178/16 Neuorganisation der Suchtberatung;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla verweist auf seine Ausführungen in der Sitzung des Kreisausschusses und schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zu verweisen.

Herr Klostermann erklärt sich für die FDP-Fraktion mit der Verweisung an den Fachausschuss einverstanden. Wie Herr Landrat Makiolla ausgeführt habe, liege bereits ein entsprechendes Konzept vor. Seit dessen Erarbeitung hätten sich sowohl die Zusammensetzung des Kreistages als auch die Zuständigkeiten in der Verwaltung verändert, so dass eine erneute Beratung des gegebenenfalls etwas modifizierten Konzeptes im Fachausschuss sinnvoll sei. Er bittet darum, das Konzept in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz, gegebenenfalls in modifizierter Form, vorzustellen.

Herr Nadolski-Voigt unterstützt die Verweisung des Antrags in den Fachausschuss und den Vorschlag, das Konzept dort erneut vorzustellen. Aufgrund der langen Vorgeschichte müsse dies aber fundiert vorbereitet werden.

Für die SPD-Fraktion und als Ausschussvorsitzender befürwortet auch Herr Kolar ausdrücklich die konzeptionelle Aufbereitung der Thematik im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz. Das Konzept könne möglicherweise auch fachbereichsübergreifend diskutiert werden, daher sollte man dieses auch in der Strategiekommission thematisieren.

Herr Jasperneite bekräftigt, dass der Antrag der FDP-Fraktion auf jeden Fall in der Strategiekommission behandelt werden sollte. Es handele sich um ein typisches Thema der wirkungsorientierten Steuerung. Gleiches gelte für den FDP-Antrag zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt.

Herr Kampmann schließt sich dieser Auffassung ebenfalls an.

Der Antrag wird einstimmig zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz verwiesen.

Punkt 26 143/16 Siebzehnte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (17. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2017

Beschluss

Die der Drucksache 143/16 als Anlage 1 beigefügte 17. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (17. ÄS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 27 145/16 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmanagement mit der Stadt Selm

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die Vereinbarung ein gutes Beispiel für die erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit sei.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage zur Drucksache 145/16 beigefügte Vereinbarung zum Management von Ausgleichsmaßnahmen zwischen der Stadt Selm und dem Kreis Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 28 169/16 Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2016 - 2020

Erörterung

Herr Landrat Makiolla verweist auf die ausführliche Vorstellung des Handlungsprogramms im Kreisausschuss. Versehentlich habe er im Kreisausschuss keinen Empfehlungsbeschluss fassen lassen; es sei aber jetzt eine Abstimmung darüber erforderlich.

Beschluss

Das der Drucksache 169/16 als Anlage beigefügte Handlungsprogramm »Kreis Unna inklusiv 2016 – 2020« wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 29

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Konzept zum Gebäudemanagement

Herr Jasperneite erkundigt sich, ob die Verwaltung in der Lage sei, über den von der FDP-Fraktion beantragten Sachstandsbericht über das Reinigungskonzept an Schulen hinaus ein Konzept zum Gebäudemanagement für die kreiseigenen Gebäude in Unna vorzulegen.

Herr Makiolla sagt ein entsprechendes Konzept für die Kreistagssitzung im März 2017 zu.

2. Verabschiedung von Frau Lipke

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Frau Lipke zum Jahresende aus dem Kreistag ausscheide. Er wolle ihr, auch in Abwesenheit, da sie diese Sitzung leider bereits verlassen habe, für die konstruktive und sachliche Zusammenarbeit danken. Er wünsche ihr im Namen des Kreistages alles Gute für die Zukunft und für ihre weitere politische Arbeit, die sie in Selm weiter fortsetze.

Anlagen

- 1.-8. Reden zum Haushalt 2017 der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, FDP, der Gruppe PIRATEN sowie der FW
9. Anträge der Fraktionen zum Haushalt

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

ges. Michael Makiolla
Vorsitzender